



Käthe Schirmacher 1886

„Oder hat man gefühlt, daß hier eine Gefahr vorlag, eine Mine, die springen und das Gebäude der ‚Männerwelt‘ zum Sturze bringen konnte? Hat man gefürchtet, durch eingehendes Studium der Frauenarbeit im Hause zu einer Umwertung bestehender Werte, zur wissenschaftlichen Anerkennung unbequemer Forderungen gezwungen zu werden?“

So fragte Käthe Schirmacher vor 76 Jahren und beantwortete damit zugleich, warum die Nationalökonominnen unter „Frauenarbeit“ ausschließlich „Fabrik- und Werkstättenarbeit“ verstanden, warum Hausarbeit verschwiegen wurde.

Ihre Schrift über „Die Frauenarbeit im Hause, ihre ökonomische, rechtliche und soziale Wertung“ (1905) – wissenschaftliche Studie und politisches Pamphlet zugleich – war in der deutschen Frauenbewegung ohne Beispiel und blieb lange ohne Nachfolge. Sie schreckte zum Beispiel nicht davor zurück, Hausarbeit eine „produktive Tätigkeit“ zu nennen und gab zu verstehen, daß man dies getrost für eine nationalökonomische Definition halten dürfe. Weit davon entfernt, die Sorge der Frau für Heim und Herd, Mann und Kind als Ausdruck der weiblichen Natur zu mystifizieren, nahm sie Worte wie „Ausbeutung“ in die Feder und sprach von „Opfern und Invaliden des Mutterberufs“, die zahlreicher seien als „die Opfer und Invaliden des Schlachtfeldes“. Indem sie eine Analyse vorwegnahm, wie wir sie erst ca. 70 Jahre später im Zusammenhang der Lohn-für-Hausarbeit-Kampagne wiederfinden, kam sie zu der Forderung, daß Hausarbeit bezahlt werden muß – und zwar unabhängig davon,

ob sie innerhalb oder außerhalb einer legalen Ehe geleistet wird.

Wir kennen Käthe Schirmacher auch durch die Neuauflage ihres Buches „Die Suffragettes“ von 1912, in dem sie nicht nur die Ziele sondern auch die militanten Kampfmethoden der englischen Stimmrechtskämpferinnen vorbehaltlos unterstützte, was für deutsche Frauenrechtlerinnen durchaus ungewöhnlich war.

Vor 1914 dem „radikalen Flügel“, den „Linken“ der „bürgerlichen“ Frauenbewegung zugerechnet (bekannteste Vertreterinnen: Anita Augspurg, Lida G. Heymann, Minna Cauer), ließen sich ihre Meinungen in deren Programm ebensowenig einordnen, wie sie selbst für die damalige Hauptrichtung der Frauenbewegung, die sogenannten „Gemäßigten“ – zum Beispiel Helene Lange und Gertrud Bäumer – Sympathie aufbringen konnte.

Immerhin wurde seitdem die Forderung nach Bezahlung, Entlohnung, „Besoldung“ der Hausarbeit in den Zeitschriften und auf Kongressen der verschiedenen Frauenverbände heftig diskutiert. Ihr radikaler Kern ist dabei jedoch immer mehr verwässert bzw. gar nicht mehr aufgegriffen worden. Jedenfalls fand die Mehrheit der Frauenbewegung schließlich zu einer Lösung dieser heiklen Frage, die Marianne Weber auf dem Deutschen Frauenkongreß 1912 in Berlin etwa so zusammenfaßte: Die Ehefrau habe ein Recht auf Haushaltsgeld sowie eine festzulegende Summe Sondergeld für ihre persönlichen Bedürfnisse. Dieser Anspruch sei gesetzlich festzulegen.

Wir mögen diese Formel als eine altmodische Methode begreifen, Geldforderungen für Hausarbeit zu erheben oder auch zum Schweigen zu bringen. Warum

es aber auch in der Neuen Frauenbewegung so schnell still um „Lohn für Hausarbeit“ geworden ist, können sich viele von uns nicht recht erklären. Vielleicht hilft uns ein Blick zurück auf die Diskussion vor dem 1. Weltkrieg.

Die „Mine“, von der Käthe Schirmacher glaubte, daß sie das Gebäude der Männerwelt zum Sturze bringen würde, war nicht die ökonomische Selbständigkeit der Frau. Um dieses Ziel aber ging es vor allem. Daß den „Linken“ nicht gerade „Lohn für Hausarbeit“ einfiel, wenn sie nach geeigneten Mitteln für dieses Ziel suchten, wundert uns natürlich nicht.

„Wiege aller Industrie und Gewerbe“

Ich spreche nicht von der „sozialistischen“ Frauenbewegung einer Clara Zetkin sondern von jenen Frauen, die sich selbst als Feministinnen bezeichneten und heute für viele als Wegbereiterinnen der Neuen Frauenbewegung gelten. Käthe Schirmacher selbst gehörte ihrer Dachorganisation, dem „Verband Fortschrittlicher Frauenvereine“ an. Als sie auf einer Verbandstagung im Oktober 1905 ihre Thesen vortrug, tat sie dies jedoch ausdrücklich als „Antireferat“ zu den Ausführungen Maria Lischnewskas über „Die wirtschaftliche Reform der Ehe“ – einem bedingungslosen Plädoyer für die Erwerbstätigkeit aller verheirateten Frauen. Zu den Auffassungen Lischnewskas „neigte sich“ denn auch, wie es in dem Bericht der Verbandszeitschrift „Die Frauenbewegung“ über die anschließende Debatte heißt, „die Mehrzahl der Redner“.

Was die offizielle Berichterstatlerin – vermutlich Minna Cauer persönlich – von den Vorschlägen der „Antireferen-

Ein sozialpolitischer Treppenwitz?

Lohn für Hausarbeit 1905



Helene Lange



Gertrud Bäumer



Anita Augspurg

tin“ gehalten hat, verdeutlicht sie durch eine entsprechende Kurzeinschätzung des geistigen Niveaus ihrer Befürworterinnen: „Lediglich die anwesenden Hausfrauen, die entweder nicht im Beruf stehen oder denen es gut geht, somit solchen tiefgreifenden volkswirtschaftlichen Fragen nicht die nötige Wichtigkeit beimessen, fühlten sich mehr zu Dr. Schirmachers individualistischer Darlegung hingezogen.“

Als „individualistisch“ konnte nun aber diese Darlegung nur mißverstehen, wer deren durchaus tiefgreifende volkswirtschaftliche Fundierung überhört hatte oder überhören wollte. Der Sprengstoff – die Mine – des Pamphlets der Käthe Schirmacher lag nämlich in ihrer Aufdeckung des ökonomischen Zusammenhanges zwischen Hausarbeit auf der einen, Industrie und Kultur auf der anderen Seite. Damit fiel sie zwischen alle Flügel der Frauenbewegung. Mochte die Behauptung „Die häusliche Frauenarbeit ist die *conditio sine qua non* der außerhäuslichen Berufsarbeit des Mannes“ jenen noch schmeicheln, die die Hausarbeit „aufgewertet“ wissen wollten, so mußte gerade ihnen jedoch die Bestimmung des Hauses als „Wiege aller Industrie und Gewerbe“ schwer verdaulich gewesen sein. Denn sie waren es ja, die das häusliche Reich der Frau den menschenfeindlichen Auswüchsen von Industrie und Technik entgegenzusetzen pflegten.

Aber warum haben gerade die „fortschrittlichen“ Feministinnen, denen es doch so sehr um die ökonomische Analyse und Veränderung der Situation der Frau zu tun war, das Angebot ihrer Verbandsgenossin als individualistisch beschimpft, an dem allenfalls die rückständigsten Hausfrauen Gefallen finden könnten?

Wir kennen die Argumentation, die auch damals schon der industriellen Entwicklung die Potenz zusprach, Hausarbeit – weitgehend – abzuschaffen.

In der Tat mußten damals Hausfrauen schon vieles nicht mehr selber machen, was ihre Mütter und Großmütter noch zu Hause hergestellt hatten, zum Beispiel Kerzen und Seife. Die Industrie hatte den Einzelhaushalten „produktive“ Arbeiten abgenommen, und daran knüpften sich weitgehende Hoffnungen vieler Frauen.

So wundert sich Marie Stritt anno 1911, daß die Forderung nach Entlohnung der Hausarbeit „gewissermaßen post festum kommt, als eine Art sozialpolitischer Treppwitz – wo doch die Hauswirtschaft als solche und damit die Arbeit der Hausfrau ihre ehemalige Bedeutung längst verloren hat und immer mehr verlieren wird ...“. Zwar muß man diesen Fortschrittsgläubigen zugute hal-

ten, daß sie nicht wissen konnten, daß Hausarbeit im Jahre 1981 immer noch nicht abgeschafft sein würde, aber schon damals gab es genügend Skeptikerinnen – allerdings mehr auf der „rechten“ Seite des von Männern aufgeteilten politischen Halbkreises.

Hausarbeit – Kulturleistung

Die uns als spätere Bundespräsidenten-Gattin noch erinnerliche Elly Heuss-Knapp zum Beispiel warnte bereits 1912 auf dem erwähnten Frauenkongreß in Berlin davor, der Entbindung der Hausfrau von der produktiven Pflicht des Kerzendrehens allzu große Bedeutung beizumessen. „Die Hausfrauentätigkeit“, resümiert sie ihren Vortrag, „ist durch den Ausfall an primitiver Arbeit nicht etwa selbst primitiver geworden sondern im Gegenteil unendlich komplizierter“. Sie spricht von „Umbildungen der Hauswirtschaft“ aufgrund „stark gestiegener Ansprüche“. Die Beobachtungen der Frau Heuss-Knapp zur Widersprüchlichkeit des technischen Fortschritts sind auch für aktuelle Überlegungen bemerkenswert: die individuelle Entwicklung erleichtere nicht nur die Hausarbeit, sie bringe auch immer wieder neue hervor, vor allem durch erhöhte Qualitätsanforderungen. Darüber hinaus werde sogar zum Teil schon ausgelagerte Hausarbeit wieder ins Haus zurückgeholt, nämlich durch die Herstellung bestimmter Haushaltsmaschinen, zum Beispiel Waschmaschinen und Einkochapparate. Elly Heuss-Knapp läßt jedoch ihr Auditorium sogleich wissen, daß diese Entwicklungen nur einen Teil der Hausarbeit betreffen, nämlich die „mechanische.“

Und sie leugnet nicht, daß der Hausfrau neuerdings auch „Kräfte frei werden“ – für Erwerbstätigkeit gewiß und auch für politische Betätigung – vor allem aber für jenen anderen Teil der Hausarbeit, den wir heute „psychische Hausarbeit“ nennen würden. Käthe Schirmacher kennzeichnete sie ausdrücklich in diesem Sinn, doch den anderen Damen schien der Gedanke fern zu liegen, daß diese „geistig-seelischen Aufgaben am Menschen“, also am Mann und vor allem an den Kindern, ein Beitrag zum kapitalistischen Fortschritt wären.

An die „feinere Kultur des täglichen Lebens“, wie Frau Heuss-Knapp diese Arbeit vornehm umschreibt, knüpfte sich vielmehr die Hoffnung der „konservativen“ Frauen auf den Ausbau einer weiblichen Gegenkultur gegen die einseitig industriell und bürokratisch geprägte Männergesellschaft.

Immerhin aber wurde von ihnen nicht geleugnet, daß es sich dabei um Arbeit handelt, wenn auch von anderer Art. Wir würden wahrscheinlich von „nicht-entfremdeter“ Arbeit spre-



Käthe Schirmacher und Klara Schleker 1917

chen; „Kulturleistung“ nannten es die „gemäßigten“ Frauenorganisationen gerne in ihren Flugschriften. Daß unter diesem Begriff allerdings meistens die gesamte Hausarbeit zusammengefaßt wurde, spricht wiederum für die Erkenntnis, daß deren unterschiedliche „Teile“ womöglich doch ziemlich eng zusammenhängen.

Demgegenüber galt den „Fortschrittlichen“ nur das Haus-Arbeit, was entweder abgeschafft oder genossenschaftlich organisiert werden konnte (zum Beispiel Einküchenhäuser, Zentralhaushalte). Alles, was mit **L i e b e** zu tun hatte, erschien davon getrennt, sozusagen als Privatsache (Da fragt frau sich doch, wer hier wohl „individualistisch“ argumentiert hat.)

Es versteht sich von selbst, daß über den Wert der Hausarbeit nur ernsthaft diskutieren konnte, wer diese überhaupt als Arbeit anerkannte. Der doppelte Arbeitsbegriff jedoch, der solche Frauenpflichten als Kulturleistung besonderer Art ausgliederte, brach der Forderung Käthe Schirmachers die Spitze ab. Für eine so erhabene Mission gab es nun einmal kein berechenbares Äquivalent. Was die Frau dafür brauchte, war – **W ü r d e**. Diese allerdings schien durchaus nicht erhaben über das schnöde Geld – welches aber nicht zum Mittel der Bezahlung degradiert werden sondern zur „pekuniären Selbständigkeit“ verhelfen sollte (weshalb es dann auch etwas weniger sein durfte). Der Ehefrau sei die unwürdige Bettelei um jeden Pfennig für den Haushalt und sich selbst – vor allem für ihre „Kulturbedürfnisse“ – zu ersparen. So argumentierte Marianne Weber 1912,

nicht ohne sich darüber Sorgen zu machen, daß die Anwendung von List und Tücken, zu der Frauen oft gezwungen seien, um ihren Ehemännern die notwendigen Gelder abzuringen, womöglich ihren Charakter verderbe.

Die verschiedenen Fehleinschätzungen der Hausarbeit und ihrer Funktion reichen jedoch zur Erklärung des faktischen Verstummens der Forderung nach Lohn für Hausarbeit vor 1914 nicht aus. Es ist notwendig, sie in Zusammenhang zu bringen mit dem Verhältnis der Frauenbewegung zu den Männern und zum Staat.

„... keine wirtschaftlichen Werte“

Viel verwerflicher noch als die Vorstellung, daß etwas belohnt werden könnte, was es eigentlich gar nicht mehr geben durfte, fanden manche „Linke“ die Zumutung, daß der Ehemann von seinem Lohn der Frau etwas abgeben sollte, weil dies der erstrebten Gleichberechtigung widerspreche. Die Frau wäre dann „Arbeitnehmerin“ des Ehemannes und hätte sich den Anweisungen ihres „Chefs“ bedingungslos zu fügen. Damit hatten sie jedoch Käthe Schirmacher gründlich mißverstanden, die der Meinung war, daß beide Ehepartner in unterschiedlicher Weise Gleich-Wertiges und -Nützlich-leisten, so daß der Ehemann gewissermaßen den Lohn „für zwei einstreicht“. Denen, die womöglich mit solcher Kritik das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Mann und Frau speziell in der Ehe treffen wollten, wurde mit Recht entgegengehalten, daß dieses ohnehin allgemein bestehe. Die im Jahre

1900 verabschiedete „Reform“ des BGB hatte nämlich der Frauenbewegung, die flügelübergreifend für die Rechte der Ehefrauen kämpfte, eine herbe Enttäuschung gebracht: die Frau blieb in vieler Hinsicht auch rechtlich dem Manne untergeordnet.

Im Kampf gegen eine Bezahlung der Hausarbeit nahmen es die „Fortschrittlichen“ mit der Achtung ihres eigenen Geschlechts nicht mehr so genau. Maria Lischnewska zum Beispiel hatte in ihrem Referat über die „wirtschaftliche Reform der Ehe“ unter großem Beifall die **t a t s ä c h l i c h e** Bedeutungslosigkeit der nicht-erwerbstätigen Ehefrau beklagt. Weil diese „keine wirtschaftlichen Werte hervorbringe“, werde sie „vom Manne als ein verwahrlostes Kind empfangen“. Um der „wahren Kameradschaft der Geschlechter willen“ hatte deshalb Frau Lischnewska die Frau beschworen, „selbständig erwerbend neben den Mann“ zu treten. Hinter solcher Sehnsucht nach Partnerschaft der Geschlechter flackerte auffällig der Verdacht der weiblichen Inferiorität.

Da waren sich die Vertreterinnen der „gemäßigten“ Mehrheit der Frauenbewegung ihres Wertes als Frauen durchaus bewußter. Bezeichnenderweise folgerten sie nicht wie die Linken (auch heute noch) aus der Unbezahltheit der Frauenarbeit im Hause die wirtschaftliche oder gar grundsätzliche Minderwertigkeit der Hausfrau. Sie wehrten sich gegen den fortschrittlichen Zwang, nur noch das Nebeneinander von Ehe, Mutterschaft und Beruf als Lebensperspektive für **a l l e** Frauen gelten zu lassen. Am Beispiel der Fabrikarbeiterinnen wiesen sie unermüdlich auf die vielfachen Belastungen hin, die mit einer solchen „Emanzipation“ verbunden seien, ohne daß doch das Ziel der „ökonomischen Selbständigkeit“ tatsächlich erreicht würde. Just die verheiratete Fabrikarbeiterin aber hatte Maria Lischnewska als „den Typus der neuen Frau“ postuliert.

„Und die nicht heiraten, sind überdies nur halbe Menschen“

Der universale Anspruch auf Kombination von Ehe und Beruf war natürlich oft begleitet von einer Diskriminierung der „Nur-Hausfrau“, aber darüber hinaus auch der – alleinstehenden, berufstätigen Frau. In einem Artikel mit der viel-sagenden Überschrift „Materialistische Irrtümer in der Frauenbewegung“ bewies die heute vielgeschmähte Gertrud Bäumer 1906 für diese doppelte Verachtung ein feines Gefühl. „Und die nicht heiraten, sind überdies nur halbe Menschen“, ironisierte sie die Moral derjenigen, für die außerhäusliche Erwerbstätigkeit der Ehefrau das **A** und **O** der Frauenbefreiung war.



Lida G. Heymann und Anita Augspurg



Marianne Weber



Elly Heuss-Knapp

In der Tat wollten die „konservativen“ Frauenrechtlerinnen, daß sich Frauen möglichst zwischen Beruf oder Ehe entscheiden. Beides zusammenhielten sie in der Regel für nicht zumutbar, zumal sie der Meinung waren, daß alle Frauen sich außerdem noch öffentlich betätigen sollten – zum Beispiel für die Rechte der Frauen entreteten. Die einer solchen Entscheidung – vor allem die nicht verheiratete Frau betreffend – entgegengebrachten Befürchtungen wies Gertrud Bäumer zurück. Sie glaubte nicht, „daß die Frau durch ihr Ausschlossensein von der Ehe, den damit zusammenhängenden Erlebnissen und Erfahrungen, etwas entbehrt, was ihre Berufsleistungen erhöhen, inhaltsreicher und bedeutungsvoller machen würde“. Aber auch umgekehrt warnte sie davor, „die Familie als den Ort hinzustellen, an dem man sich ausschließlich opfert, und den Beruf als den, an dem man immer ‚sein eigenes Leben‘ lebt“.

In ihren eigenen Reihen haben die Vertreterinnen der „gemäßigten“ Frauenorganisationen diese Entscheidung tatsächlich praktiziert: immerhin war ungefähr die Hälfte von ihnen „alleinstehend“. Das bedeutete übrigens oft, daß sie mit anderen Frauen zusammenlebten – zum Beispiel teilte Gertrud Bäumer Tisch und anderes mit Helene Lange bis zu deren Tod.

Männer mögen sich die Ehelosigkeit von Frauen nur als einen erzwungenen Verzicht vorstellen können, zumal Lehrerinnen – und davon gab es viele in der Frauenbewegung – bis 1920 nicht verheiratet sein durften. Das lasse ich mal dahingestellt sein. Offensichtlich ging es ihnen dabei nicht so schlecht; allerdings machte ihnen eine verbreitete Diffamierung zu schaffen, daß nämlich die Frauenbewegung nur etwas für unzufriedene „alte Jungfern“ sei. Schon deshalb wurden Frauen, die so leistungsfähig waren, Beruf und Ehe zu verbinden, in allen Frauenvereinen mit offenen Armen empfangen.

Immerhin waren diese Frauen, wie positiv sie sich auch immer über Ehe und Familie äußern mochten, nicht der Meinung, daß nur das Zusammenleben mit einem Mann dem Frauenleben die höchste Erfüllung verhieß. Diese Einstellung ist meines Erachtens ein Schlüssel zu dem uns heute unverständlich bzw. „reaktionär“ erscheinenden Kampf der „Gemäßigten“ gegen die „Freie Ehe“. Ihre heftige und durchaus nicht immer faire Auseinandersetzung mit dem 1905 gegründeten fortschrittlichen „Bund für Mutterschutz“, der eine freie Verbindung zwischen Mann und Frau und eine „neue Geschlechtmoral“ forderte, war getragen von der Skepsis, eine solche Freiheit könne wohl dem Manne zum Vorteil, der Frau jedoch zum Nachteil

geraten. Immer wieder wurde die Gelegenheit benutzt, zumindest durchblicken zu lassen, daß die Verbindung mit dem Mann nicht um jeden Preis anzustreben sei. Manchmal scheint es so, als wollten diese Frauen ihren Schwestern ganz klar machen, was sie da auf sich laden und worauf sie verzichten müssen, wenn sie ihnen den Schritt in die Heterosexualität also nicht so leicht machen wollten.

„Mutterschaftsrente“ – „ökonomische Emanzipation des Mannes“

Vor allem aber war es ihnen darum zu tun, die Männer in die Pflicht zu nehmen. Sie wollten zum Beispiel dem Ehemann nicht erlauben, Frau und Kinder nach Belieben zu verlassen; weiterhin sollte er Verantwortung für seine Familie durchaus auch in klingender Münze beweisen. So kann man es zumindest auch verstehen, wenn zum Beispiel Alice Salomon 1902 gegen den Vorschlag eines sich über eineinhalb Jahre erstreckenden staatlichen Mutterschaftsgeldes zu bedenken gab, daß dies eine „Ausschaltung des Vaters“ bedeuten würde. Deutlicher noch sprach Marianne Weber 1912 in ihrer Argumentation gegen die von Ellen Key vorgeschlagene staatliche „Mutterschaftsrente“ aus, was sie davon befürchtete, nämlich eine „ökonomische Emanzipation des Mannes“.

War also sozusagen die „Strenge“ gegenüber den Männern, verbunden mit einer Ablehnung von Heterosexualität für alle Frauen, der Grund, den Staat mit weitgehenden Geldforderungen zu verschonen? Er wird wohl mitgespielt haben, aber ausschlaggebend war dieser Zusammenhang wohl schon deshalb nicht, weil die Frauenbewegung es sich nicht leisten konnte, offen männerfeindlich zu sein. Viele Befürworterinnen der Forderungen an den Mann gingen immerhin weiter als zum Beispiel Marianne Weber, die noch davor zurückschreckte, eine „Errungenschaftsgemeinschaft“ zu fordern, die rechtlich festgelegte Zusage also, daß alles in die Ehe eingebrachte Geld beiden Ehepartnern zu gleichen Teilen gehört. Selbst der Bund Deutscher Frauenvereine hatte diesen Vorschlag gemacht. Frau Weber jedoch verneigte sich vor den „psychischen Widerständen“ des Mannes, der nicht vergessen werde, „daß er derjenige ist, der das Geld ins Haus gebracht hat“. Gewiß war die Ehefrau des berühmten Soziologen Max ganz besonders partnerschaftsfixiert, aber auch die Haltung der anderen „Gemäßigten“ zu den Männern war mehr oder weniger ambivalent.

Wenn also Frau Weber dem Ehemann nicht zumuten wollte, sein Einkommen de jure mit der Ehefrau in einer „Errungenschaftsgemeinschaft“ zu teilen, so hatte sie zuvor bereits klarge-



„Jede Hausfrau, jede Mutter, die arbeitet, ohne bezahlt zu werden, hat eine Schuldforderung an die Gesellschaft ...“

stellt, daß ihr eigener Vorschlag (Haushaltsgeld und Sondergeld) de facto auf das Gleiche hinauslaufe.

Wir müssen wohl davon ausgehen, daß sie damit recht hatte: in den meisten Familien dürfte dem Mann von seinem Einkommen nicht mehr viel übrig geblieben sein, nachdem ein „angemessenes“ Haushaltsgeld und ein mehr oder weniger lumpiges „Sondergeld“ für seine Frau auf den Tisch gelegt hätte. In diesem allgemeinen Mangel lag nun aber gerade die Tragik der allgemeinen Fixierung auf den Ehemann als Geldgeber.

Viele der an dieser Diskussion beteiligten Frauen benannten ein weiteres Problem: Befürworterinnen wie Gegnerinnen einer „Bezahlung“ der Hausfrau aus dem Einkommen des Ehemannes gaben zu bedenken, daß diese Bezahlung sozusagen im umgekehrten Verhältnis zur Leistung der Frau stehen würde, weil die Frau umso mehr schuftete, je weniger der Mann verdient. Nur vergaßen die Gegnerinnen im Eifer des Gefechts, daß dieser Zustand angesichts der bestehenden ausschließlichen Verfügungsgewalt des Mannes über das Geld noch unerträglicher war...

Diejenigen allerdings, die sich für eine Bezahlung der Hausarbeit einsetzten, hätte diese Einsicht — so sollte man mei-

nen — doch dazu führen müssen, schließlich den Staat zur Kasse zu bitten, der ja solche Ungerechtigkeiten hätte ausgleichen können. Aber wieder war Käthe Schirmacher die Einzige, die einen kollektiveren und zahlungsfähigeren Adressaten als den Durchschnittsehemann immerhin vage ins Auge faßte: „Jede Hausfrau, jede Mutter, die arbeitet, ohne bezahlt zu werden, hat eine Schuldforderung an die Gesellschaft, deren Gläubiger sie wird, und in einer sozialen Welt (die unsere verdient diesen Namen leider nicht) wäre die Erstattung dieser Schuld im Großen organisiert.“

In der gesamten Debatte wird diese entscheidende „Utopie“ niemals aufgegriffen. Es scheint mir jedoch zu einfach, darauf zu verweisen, daß es sich schließlich um die „bürgerliche“ Frauenbewegung handelte, die an einer grundsätzlichen Änderung der Einkommensverhältnisse kein Interesse haben konnte. Eher würde ich hinter solcher Zurückhaltung einen politischen Legitimationsdruck vermuten.

Wenn zum Beispiel Marianne Weber an der Mutterschaftsrente exemplifizierte, daß dies für den Staat zu teuer sei, so dürfen wir diese Sorge um den Staatsack unter anderem auch als „taktisches“ Verhalten verstehen: Gerade die „offi-

ziellen“ Repräsentantinnen der Frauenbewegung mußten sich als „realistische“ Politikerinnen sozusagen im Voraus bewähren. Sie hatten ja noch nicht einmal das Wahlrecht, waren also politisch unmündig, und derartige Forderungen hätten den Männern, auf die es ankam, nicht gerade ihre politische „Reife“ vor Augen geführt. So ist in Deutschland zum Beispiel die Forderung einer staatlichen Mutterschaftsrente, unabhängig vom Einkommen und für jedes Kind, wohl nur von Anita Augspurg öffentlich erhoben worden. Die Mehrheit der Frauenbewegung begnügte sich mit umso detaillierteren Vorschlägen für eine Mutterschaftsversicherung.

Dieser politische Realismus hatte außerdem noch eine strategische Seite. Nicht nur Frauen hatten damals mehr Vertrauen in den Staat als potentielles Subjekt der Herstellung menschenwürdiger Zustände als wir heutzutage, obwohl es sich schließlich um eine Monarchie gehandelt hat. Gerade als solche und wegen seiner sozialpolitischen Reformen war der Staat jedoch vielen als Gegenmacht zur fortschreitenden kapitalistischen Ausbeutung erschienen. Das hinderte die Frauenbewegung zwar nicht, menschen- und frauenfeindliche Politik zu kritisieren, aber sie konnte sich zugute halten, daß Frauen es das nicht im Mindesten mitzuverantworten hatten. Die meisten Vertreterinnen der Frauenbewegung waren davon überzeugt, daß Frauen in verantwortlichen staatlichen Positionen eine völlig andere Politik betreiben würden und könnten. Dieser politische Geschlechtsoptimismus, der den männlichen Herrschaftsapparat für benutzbar hielt, war sicher ein zusätzliches Hindernis, Forderungen an den Staat zu richten, die ihn in seiner Grundsubstanz gefährden würden.

Schließlich zeichnete sich bereits der 1. Weltkrieg ab und mit ihm eine andere



